

Reaktionen auf die Stellungnahme zu Olympia

Zu erst möchten wir feststellen, dass der Aufruf zur differenzierten Meinungsbildung in keinem Fall ironisch gemeint war. Wir haben in unserer Stellungnahme versucht die Sicht „des Studierenden“ zu formulieren, indem wir „den Studierenden“ auf allein dieses reduzieren.

Natürlich gibt es aber weitere Argumente Für oder Gegen Olympia, die man berücksichtigen sollte. Zudem erschien es uns falsch, eine einseitige Berichterstattung zu bemängeln und dann unsere Meinung als allumfassend zu verkaufen, die kein weiteres Hinterfragen erfordert. Der Aufruf ist also sehr Ernst gemeint und wir freuen uns, dass zumindest ihr dem offenbar nachgekommen seid.

Wir schätzen eure Reaktion, da ihr uns darauf aufmerksam gemacht habt, dass wir bei dieser Stellungnahme vor allem mit Nachweisen und Quellenangaben hätten arbeiten sollen, damit diese noch verständlicher ist.

Wir fragen uns, wie Ihr die Meinung aller Studierenden vertreten könnt, ohne eine Umfrage oder Ähnliches zu diesem brisanten Thema organisiert zu haben.

Als gewählte Studierendenvertretung haben wir mit dieser Stellungnahme versucht nach bestem Wissen und Gewissen die Meinung der Studierendenschaft zu vertreten. Eine Umfrage allein hätten wir ungern gemacht, da dem Vorraus eine große Initiative der politischen Bildung hätte gehen müssen und wir dazu weder die Zeit noch die Kapazität hatten. Wie in den meisten demokratischen Systemen kann und soll ein gewählter Vertreter nicht zu jeder seiner Entscheidungen ein Meinungsbild der Wählerschaft einholen. Dieses Vorgehen würde die Wahl der Vertreter obsolet machen.

Von wem wurden die StudierendenvertreterInnen gedrängt, sich für Olympia einzusetzen? Warum muss darauf eine Stellungnahme erfolgen, wenn eine einfach persönliche Absage ausreichend ist? Die Stellungnahme erweckt den Anschein, dass die VertreterInnen vielmehr von gegensätzlicher Seite gedrängt wurden.

Nicht nur von der Behörde, sondern auch von der Politik wurde die Studierendenvertretung dazu aufgefordert sich für Olympia einzusetzen. Außerdem werden nicht nur die Studierenden in diese Situation gebracht, sondern auch die Hochschulen allgemein. Dies den Studierenden dann nicht mitzugeben, halten wir für zweifelhaft.

Wir wurden von niemandem gedrängt, eine Stellungnahme zu verfassen. Es gab einen Antrag dazu, den jede/r Studierende stellen kann, und das Studierendenparlament hat sich entschieden, diesem nachzukommen. Denn mit dieser Stellungnahme zu Olympia werden die Interessen der Studierendenschaft vertreten und die Ausrichtung in Hamburg würde sich langfristig auch auf die Studierendenschaft auswirken.

Zu der Aussage "[...], doch wieso brauchen wir dafür Olympia?": Wo ist Eure Quellenangabe, dass diese infrastrukturellen Maßnahmen auch ohne Olympia stattfinden würden/könnten?

Eben dies ist der Kritikpunkt. Warum bedarf es für notwendige infrastrukturelle Maßnahmen eine Großveranstaltung wie Olympia. Warum ist es selbstverständlich, dass für Olympia in Hamburg solche Maßnahmen notwendig sind, aber ohne eine Großveranstaltung auf die lange Bank geschoben werden? Olympia generiert ja keine neuen Geldmittel. Wenn diese also im Falle von Olympia verfügbar sind, existieren sie auch so und könnten auch ohne Olympia in die Verbesserung der Infrastruktur investiert werden!

Der vierte Absatz ist ein Widerspruch in sich. Wie Ihr schon richtig geschrieben habt, ist eine "Renovierung deutlich veralteter Wohnanlagen" "notwendig". Dass mit Renovierungen meist Mietpreiserhöhungen einhergehen, ist Olympia-unabhängig der Regelfall, auch im Hamburger Süden.

Mit einer reinen Renovierung gehen in der Regel keine Mietpreiserhöhungen einher. Nach der Renovierung entsteht mehr Nachfrage für den Wohnraum, weswegen ein höherer Mietpreis gefordert werden kann, da nun mehr Menschen bereit sind diesen zu zahlen. Und dass sich bei einer Ausrichtung von Olympia in Hamburg noch mehr Interesse an dem Wohnraum im Süden von Hamburg entwickeln wird, ist was wir befürchten. Daraus resultiert wiederum die Befürchtung, dass es noch weniger bezahlbaren Wohnraum für Studierende geben wird. Darin erkennen wir keinen Widerspruch.

Zum Punkt „Mietpreiserhöhung“ möchte ich Folgendes anmerken: Der erwähnten Gefahr der Mietpreiserhöhung wird durch die Mietpreisbremse entgegengewirkt. Eine solche Mietpreisbremse existiert bereits seit dem 01.07.15. Für Olympia wird eine weitere Mietpreisbremse verordnet. Dies kann im Bürgerschaftsreferendum nachgelesen werden.

Ganz so viel beinhaltet die Mietpreisbremse eben doch nicht. Denn die Mietpreisbremse gilt nur für gewisse Teile von Hamburg und auch nur, wenn es kein Neubau oder umfassend modernisierten Wohnungen sind. <http://www.hamburg.de/mietrecht-hamburg/4442684/maklerprovision-mietpreisbremse/>

Und in dem Infoheft steht eben auch nur, dass es die Mietpreisbremse gibt, welche verhindern soll, dass es zu exorbitanten Mietpreiserhöhungen kommt. <http://www.hamburg.de/contentblob/4615240/data/infoheft-pdf-dl.pdf>

Was ist unter "kurzfristig" in Bezug auf den Bau-Arbeitsmarkt zu verstehen? 7 Jahre? Selbst wenn der Olympia-Baubetrieb beendet ist, bedeutet dies im Regelfall nicht, dass der reguläre Baubetrieb nachlässt. Oder habt ihr dafür eine Quellenangabe? In diesem Bereich ist Olympia als zusätzliche Bereicherung zu verstehen.

Natürlich wird der reguläre Baubetrieb weitergeführt und dieser wird auch nicht nachlassen. Doch was wir meinen ist, dass Olympia zwar zusätzliche Baumaßnahmen erfordert (die wir auch als "willkommende [...] Bereicherung" bezeichnen) diese jedoch nach Olympia und den folgenden Rück- und Umbaumaßnahmen keinen Mehrwert mehr für den Bau-Arbeitsmarkt haben. Den Projektaufwand den Olympia dann erfordert hat, ist in den Folgejahren nicht mehr nötig.

Die Aussage "(nachweislich im großen Maßstab gedopte) Wettkämpfe" ist eine Unverschämtheit und Unterstellung allen Profisportlern und Sportbegeisterten gegenüber. Auch an unserer Universität trainieren Leistungssportler großen Zielen wie Olympia entgegen, dessen Interessen Ihr ebenfalls vertreten solltet. "nachweislich" erfordert immer eine Quellenangabe!

Viele verschiedenen Quellen belegen, dass auch bei Olympia viel gedopt wird. Als Quelle dafür dienen zum Beispiel <http://www.on-dope.de/doping-bei-olympia> oder <http://www.doping.de/geschichte-des-doping/doping-bei-olympia/>. Es gab dazu auch eine aussagekräftige Studie der Universität Tübingen <http://www.zeit.de/news/2015-08/16/leichtathletik-neue-doping-vorwuerfe-russen-drohen-lange-sperren-16143202>. Des Weiteren steht da "in großem Maßstab" und nicht "von jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin". Das ist ein quantitativ eklatanter Unterschied, der so von uns auch beabsichtigt ist.

Sollten alle Spitzensportler an der TU dem enormen Leistungsdruck widerstehen und ihre herausragenden Leistungen ohne den Einsatz von Doping bewältigen, so freut uns das aufrichtig. Wir unterstellen ihnen keinesfalls das Gegenteil.

Davon auszugehen, dass jeder Sportler, der nicht erwischt und verurteilt wurde auch nicht betrogen habe, erscheint uns aber aufgrund der Quellenlage und der Prüfsysteme als ziemlich naiv.

Korruption ist ein allgegenwärtiges Problem, nicht nur im Sport sondern vor allem auch in der Politik. Diesem kann man nur entgegentreten, indem man sich selber engagiert. Die Volksabstimmung bezieht sich auf die Frage, ob die Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg stattfinden sollen oder nicht. Der Aufruf, Olympia zu boykottieren ist hier völlig fehl am Platz.

Korruption ist ein allgegenwärtiges Problem und deswegen sollte man dies auch nie vergessen. Von dort auf einen Boykott der Olympischen und Paralympischen Spiele zu schließen, ist uns ein paar Schritte zu weit und das fordern wir auch nirgendwo in unserer Stellungnahme. Denn wir halten die Arbeitsweise des IOCs für fraglich und wollen mit

dieser Aussage nicht die Ideale von Olympia in Frage stellen. Gerade bei Olympia hängen Sport und Politik aber oft eng zusammen.

Im Gegenteil halten wir die implizite Aussage "es sind eh alle korrupt, dann sollte man auch nichts dagegen sagen" für äußerst bedenklich.

Zu der Aussage, dass die Überwachungskameras auch nach den Spielen installiert bleiben sollen, fehlt eine Quellenangabe. Aus folgender Quelle ist nach Aussage des Hamburger Sicherheitsbeauftragten für Olympia, Gerhard Ruschmeyer, ein solches Vorgehen nicht vorgesehen: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article147984975/Olympia-Sicherheit-zum-Schnaepchenpreis.html>

oder der Punkt anders formuliert:

Die Behauptung, dass die Überwachungskameras nach den Spielen weiter betrieben werden sollen, um „die Bürger Hamburgs auszuspähen“, war für mich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Folgendes Zitat stammt von Gerhard Ruschmeyer, dem Sicherheitsbeauftragten für Olympia in Hamburg. „Die Kameras sollen nicht dauerhaft bleiben, sondern alle nach Olympia abgebaut werden“ (24.10.15)

Quelle: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article147984975/Olympia-Sicherheit-zum-Schnaepchenpreis.html>

Im Koalitionsvertrag heißt es bezüglich der Sicherheit bei Olympia nur "Auch das Sicherheitskonzept soll dem Bild friedlicher Spiele in einer offenen und demokratischen Gesellschaft entsprechen. Es soll so wenig Beeinträchtigungen von Bürgerrechten wie möglich und nur so viel Kontrolle und Überwachung wie zwingend notwendig geben." Und auch sonst findet sich nirgendwo verschriftlicht, dass alle Sicherheitsmaßnahmen zurückgenommen werden.

Außerdem mag Herr Ruschmeyer vielleicht der Sicherheitsbeauftragte für Olympia sein, dass Sicherheitskonzept soll aber von einer Projektgruppe erarbeitet werden. <http://www.taz.de/!5218140/>

Und selbst dann ist der Sicherheitsbeauftragte für Olympia nicht die Person, die entscheidet was mit den Überwachungskameras passiert. Die Innenbehörde hält sich über Sicherheitsmaßnahmen grundsätzlich sehr verschlossen, denn es sei noch nicht möglich zu wissen, welche Sicherheitsmaßnahmen möglich und nötig seien. <https://www.taz.de/!5035134/>

Mit eurer Kritik liegt ihr aber ganz richtig, da uns in diesem Punkt, ein Fehler unterlaufen ist. Tatsächlich findet sich in diesem Fall noch kein Beleg dafür, dass die Überwachungskameras installiert bleiben sollen. Wir werden unsere Stellungnahme in dieser Hinsicht verbessern und diesen Fehler klarstellen.

Das Argument zur Raumproblematik während der Klausuren ist sehr fragwürdig. Schließlich ist die Rede vom Jahr 2024 und die Sportstätten waren zum Durchführen von Klausuren nur als Übergangslösung angedacht. Innerhalb der nächsten neun Jahre haben die TUHH und auch die StudierendenvertreterInnen genügend Zeit sich Gedanken über eine langfristige Lösung zu machen.

Seit nachweislich Wintersemester 09/10 finden Klausuren in externen Veranstaltungsräumen statt. Seit dem ist der Raumbedarf weiter angestiegen und selbst die internen Räumlichkeiten sind während der Klausurenzeit ausgelastet. In absehbarer Zeit wird es keine neuen großen Räume an der TUHH geben, die die externen Räumlichkeiten ersetzen könnten. Zudem ist Olympia eine Großveranstaltung, die einen sehr hohen logistischen Aufwand benötigt, sowie eine Menge Raum, um allein die Menschen unterbringen zu können. Demnach werden die großen Räume, auf welche wir gerne zurückgreifen, sicherlich anderweitig verplant sein. Auch bei der Vollversammlung der Studierendenschaft zeichnete sich in Prof. Antranikians Aussagen zu dieser Problematik keine Lösung ab.

Die Floskel "man wird schon eine Lösung finden" ist aber auch, selbst bei Eintreten, dennoch keinesfalls ein Zeichen dafür, dass es kein Problem gibt.

Wir hätten gerne die Quellenangabe gewusst, auf der ihr Euer Argument stützt, dass die Hochschulen mehr Geld zur Verfügung hätten, wenn Olympia nicht stattfinden würde. Die Planung bzw. eventuelle Durchführung von Olympia in Hamburg ist mit dem Bau der Elbphilharmonie nicht im Geringsten zu vergleichen. Abgesehen davon, dass sehr viel mehr Parteien über die Planung der Spiele schauen, als es bei der Elbphilharmonie der Fall war, wurde das Projekt bereits begonnen bevor die Planung abgeschlossen war. (Quelle: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article136971080/Was-Olympische-Spiele-kosten.html>)

Es gibt keinen Beleg dafür, dass die Hochschulen mehr Geld bekommen, wenn Olympia nicht stattfindet. Jedoch wird für Olympia eine enorme Summe in den Haushalten der Stadt Hamburg reserviert werden. Da wir aber nur beschränkte Mittel zur Verfügung haben, wird natürlich in allen nicht notwendigen Bereichen gespart oder zumindest nicht mehr ausgegeben und dass Hochschulen oder der Bildungsbereich allgemein nicht die erste Priorität ist, hat die Regierung der Stadt Hamburg, aber auch Politikerinnen und Politiker in ganz Deutschland immer wieder bewiesen.

Wenn es um die enorme Kostensteigerung bei Bauprojekten geht, hängt dies nicht nur von den Parteien ab, die "über die Planung der Spiele schauen", sondern auch von den vorgeschriebenen Auswahlverfahren.

Zudem kommt, dass der Landesrechnungshof die Bewerbung schwächt, indem dieser sagte, dass die Kosten noch nicht realistisch abschätzbar seien. (<http://www.tagesspiegel.de/sport/erhebliche-risiken-bei-olympia-landesrechnungshof-schwaecht-hamburgs-bewerbung/12311126.html>)

Man möge sich auch mal die kalkulierten und endgültigen Kosten vergangener olympischen Spiele ansehen. Auch diese wurden mit Sicherheit "[von vielen Parteien angeschaut]". Die erwartete Kostenexplosion ist insofern auch sehrwohl mit dem Bau der Elbphilharmonie zu vergleichen, als dass Olympia eine ganze Reihe von Großbaumaßnahmen, bei denen man sich verkalkulieren kann, erfordert.

Wie definiert Ihr den Begriff "Mehrwert"? Die Aktionen für Olympia in Hamburg wie z.B. Feuer und Flamme an der Alster sowie die Olympischen Ringe im Stadtpark haben weltweit für Aufmerksamkeit gesorgt und vor allem auch zum Stärken des Gemeinschaftsgefühls der Hamburger beigetragen. Bis zur Entscheidung im Juli 2017 möchte Hamburg lediglich 20 Mio. € für die Bewerbung ausgeben. (Quelle: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article136971080/Was-Olympische-Spiele-kosten.html>)

Hier finanziell. Selbstverständlich ist etwas wie Gemeinschaftsgefühl nicht in Geld messbar. Jedoch ist die Frage, ob sich mit diesen Aktionen das Gemeinschaftsgefühl wirklich verbessert hat und ob der Bedarf dafür überhaupt bestand.

Die Kosten für die Bewerbung belaufen sich auf weit über 20 Mio. Euro und dieser Betrag ist nur der Anteil der Stadt Hamburg. Der weitere Anteil soll mithilfe von Unternehmen finanziert werden. Wie aber die Drucksache (DR 21/1969) zeigt, gab es bis zum 04.11.2015 noch keine Sponsorenzusagen. Außerdem wird in der Drucksache der Verhandlungsstand mit Sponsorinnen und Sponsoren nur dann als aussichtsvoll gezeigt, wenn bei dem Referendum für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg gestimmt wird. Ansonsten hat Hamburg auch diese Verringerung der Kosten nicht.

Wen versteht Ihr unter "Obrigkeit"? Und wie kann diese etwas von Euch fordern, wenn es sich doch um eine Volksabstimmung handelt? Es macht mehr den Anschein, dass Ihr nun von den Studierenden erwartet, sich Eurer Meinung anzuschließen. Das StuPa ist das höchste studentische Gremium an unserer Universität und hat sich gegenüber allen Studierenden zu verantworten.

Unter Obrigkeit verstehen sich die Trägerinnen und Träger der weltlichen Macht (www.duden.de/rechtschreibung/Obrigkeit) oder die Träger der Regierungsgewalt. Und diese Obrigkeit gibt eine Menge Geld für sehr einseitige Werbung aus und ist dafür auch auf der Suche nach allen nur möglichen Unterstützerinnen und Unterstützern. Die sehr wohl etwas fordern kann, auch wenn es um eine Abstimmung geht, nämlich eben die Entscheidung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Wir erwarten von der Studierendenschaft ausschließlich, dass sie sich informiert und an dem Referendum nach besten Wissen und Gewissen teilnimmt. Hätten wir etwas anderes auch nur im Sinn gehabt, hätten wir nicht immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass das Studierendenparlament an dieser Stellungnahme arbeitet. Und auch auf der Vollversammlung hat sich gezeigt, dass die Studierenden das Interesse auch an einer kritischen Einschätzung von Olympia in Hamburg wünschen, um sich dann eine differenzierte Meinung bilden zu können.

Wir bitten ausschließlich darum, unsere Argumente aus Sicht der Studierendenschaft zu berücksichtigen, und explizit nicht darum, sie einfach zu übernehmen.

"blinde Euphorie" unterstellt allen Olympia-Begeisterten sich nicht mit der Thematik kritisch auseinander zu setzen. Das ist sehr subjektiv!

Die blinde Euphorie sehen wir als eine Forderung der Obrigkeit und unterstellen diese nicht pauschal allen, die für die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg stimmen.

Aus Eurer Stellungnahme gehen für uns keine "eklatanten Risiken" hervor. Vor allem fehlen, wie bereits zuvor mehrfach angemerkt, entsprechende Quellenangaben, die solch eklatanten Behauptungen stützen.

Für uns sind schon eklatante Risiken mit Olympia in Hamburg verbunden, vor allem aus Sicht der Studierendenschaft. Dass heißt, wie bereits gesagt, aber nicht, dass wir alle persönlich zu dem Schluss kommen, dass die Risiken die Chancen überwiegen.

Alles in allem handelt es sich unserer Meinung nach um eine sehr anmaßende Stellungnahme, die wir so nicht von unseren StudierendenvertreterInnen erwartet hätten und uns sehr enttäuscht. Bitte macht Euch in Zukunft mehr Gedanken und formuliert stichhaltige Argumente bevor Ihr eine derartige Schrift veröffentlicht, die die vermeintliche Meinung der Studierendenschaft der TUHH wiedergeben soll.

Wir halten es für sehr anmaßend, uns zu unterstellen, dass wir uns keine Gedanken gemacht oder unsere Argumente nicht stichhaltig formuliert hätten. Wir haben uns sehr viele Gedanken gemacht und haben auch sehr viel diskutiert. Außerdem haben wir immer wieder versucht, allen Studierenden zu vermitteln, woran wir gerade arbeiten. Außerdem versuchen wir, wie schon gesagt, die Meinung aller Studierenden nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Zudem bleibt uns die Frage, warum überhaupt eine Stellungnahme zu diesem Thema veröffentlicht werden muss, vor allem weil auch zu anderen wichtigen Themen der Hamburger Politik keine Stellungnahmen erfolgt sind.

Wir haben im Studierendenparlament viel darüber diskutiert, ob wir eine Stellungnahme verfassen sollten und wenn ja, was diese beinhalten sollte. Wir sind dann zu dem Schluss gekommen, dass wir als Studierendenvertretung, der Studierendenschaft den Blick "des Studierenden" aufzeigen sollten. In der Tradition der Studierendenvertretung setzen wir uns mit dieser Stellungnahme dafür ein, dass das Studieren für die Studierendengeneration auch dann noch studierbar ist.

Eine sorgfältig erarbeitete Stellungnahme zu jedem Thema der Hamburger Politik zu verfassen ist völlig unmöglich und in Konsequenz daraus gar keine zu verfassen, halten wir für falsch. Zudem verfasst der AStA sehr viele Stellungnahmen, teilweise auch über die Landes-ASten-Konferenz.

Der Aufruf im Asta-Newsletter zur Demo gegen Olympia in Hamburg war schon mehr als fragwürdig.

Der Aufruf kam vom AStA und wir kontrollieren diesen zwar, doch war dieser Aufruf noch kein Grund für uns, den AStA ernsthaft zu belangen, nichtsdestotrotz wurde der AStA auch für den Aufruf kritisiert. Auch steht nirgendwo, dass der AStA, geschweige denn das StuPa, absolute Neutralität in jeder Situation wahren muss.

Im Sinne eines offenen Dialoges bitten wir Euch, auf unsere Fragen zu antworten und im Sinne einer "differenzierten" Darstellung ebenfalls zu veröffentlichen.

Wir werden eure Fragen gerne veröffentlichen.